

# Tatverdächtige ermittelt

Neue Entwicklung bei Unterschriften von Toten für „Frankfurt Sozial“ und Ex-OB

VON BAHA KIRLIDOKME

Wer den zurückliegenden Kommunalwahlkampf verfolgt hat, dürfte sich an Skurriles erinnern. Eine Partei, die sich aufgrund einer Kufiyah von ihrem eigenen Kandidaten distanzierte, eine Partei, die aus einer U-Bahn eine Sauf- und Party-Bahn machte oder eine Partei mit Unterschriften von Toten. Hintergrund: Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen Wahllisten genügend Unterschriften sammeln und einreichen. Das hatte „Frankfurt Sozial“ mit Spitzenkandidat Peter Feldmann, dem ehemaligen SPD-Oberbürgermeister, getan. 700 statt der benötigten 186 Unterschriften hatte die Liste vorgelegt. Doch schnell kam heraus: Einige dieser Unterschriften stammten von Menschen, die teilweise schon seit zehn Jahren verstorben waren.

Die Staatsanwaltschaft leitete Mitte Januar mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Urkunden- und Wahlfälschung ein. In diesem Zuge machte die Polizei auch zahlreiche Hausbesuche bei Menschen, deren Namen auf den Unterschriftenlisten auftauchten. Hunderte Besuche sollen es laut „Frankfurt Sozial“ gewesen sein.

Zuvor hatte die Polizei eine Hausdurchsuchung bei der Vertrauensperson der Bürgerinitiative vorgenommen, die dafür zuständig war, die Unterschriften einzureichen. Auch gegen sie wurde ein Verfahren eingeleitet. „Frankfurt Sozial“ kritisierte das und stellte selbst Anzeige gegen unbekannt – die Liste ging davon aus, von Dritten sabotiert worden zu sein. Nun kam heraus: „Frankfurt Sozial“ lag mit dieser Vermutung anscheinend richtig.

Der neue Verdacht ist brisant: Die Fälschungen sollen von Einzelpersonen stammen, die Zugang zu den Daten von Senior:innen in der Betreuung eines großen Frankfurter Sozialträgers hatten. Die Formulare für die Unterstützungsunterschriften sind ganz einfach bei den Parteien oder online besorgbar. „Diese Personen stehen zudem in enger politischer Verbindung zu einer Vereinigung, die der türkischen Partei AKP nahesteht“, heißt es in einer Mitteilung von „Frankfurt Sozial“.

Die AKP ist die fundamentalistisch-religiöse Regierungspartei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Es dränge sich die Frage auf, ob dem Bündnis, „das sich als Liste vieler Migrantinnen und Migranten – darunter auch türkischer – versteht, gezielt geschach-



Peter Feldmann (2.v.r.) und sein Bündnis verspüren Genugtuung.

C. BOECKHELER

det werden sollte, um den Einzug in den Römer zu verhindern“.

Weder bestätigt noch dementiert die Staatsanwaltschaft Frankfurt auf FR-Anfrage, ob es sich bei den Verdächtigen um Anhänger:innen einer AKP-nahen Organisation handelt. Sie bestätigt aber, dass am 12. April mehrere Hausdurchsuchungen bei Privatpersonen sowie an Arbeitsplätzen „bei einem Frankfurter Trägerverein für soziale Einrichtungen im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe“ erfolgt waren.

## Möglicherweise Daten von Hausnotruf

„Es besteht der Verdacht, dass Daten von Nutzer:innen und Nutzern eines durch den Verein betriebenen Hausnotrufsystems ohne deren Wissen und Einverständnis verwendet und deren Unterschriften gefälscht wurden, um vermeintlich ordnungsgemäße Unterstützungsformulare im zweistelligen Bereich für das Wahlbündnis zu generieren“, sagt Oberstaatsanwalt Dominik Mies. „Vier dieser Personen waren zum Zeitpunkt der vermeintlichen Unterschrift bereits verstorben, was den Tatverdächtigen aufgrund veralteter Daten jedoch nicht auffiel.“ Letzteres könnte der These, die Tatverdächtigen hätten „Frankfurt Sozial“ schaden wollen, widersprechen.

Zudem bestehe der Verdacht, dass in einer Einrichtung deselben Trägervereins in einer

einstelligen Zahl von Fällen Unterschriften von Personen gefälscht wurden, die weder körperlich noch geistig in der Lage waren, Unterschriften zu leisten. Auch in diesem Verfahren wurde eine tatverdächtige Person ermittelt. Bei allen Beschuldigten handele es sich um Mitarbeiter:innen des Trägervereins.

Auf Anfrage bestätigt der Frankfurter Verband, dass es sich bei den Verdächtigen um zwei seiner Beschäftigten handele. Man habe erst durch die Kontaktaufnahme der Behörden von dem Verdacht erfahren und arbeite seitdem mit ihnen zusammen. „Natürlich haben wir ein Interesse daran, dass die Sache aufgeklärt wird“, sagt Vorstandsvorsitzender Frédéric Lauscher der FR.

„Frankfurt Sozial“ fordert derweil die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen seine Vertrauensperson. Nach jetzigem Stand der Ermittlungen sehe es auch ganz danach aus, dass dies passieren könnte, sagt die Staatsanwaltschaft.

Weiter beharrt die Gruppe auf der vollständigen Aufklärung der Vorgänge. Tatsächlich dauern die Ermittlungen an. So habe das Polizeipräsidium Frankfurt aufgrund der Komplexität sogar eine Arbeitsgemeinschaft für diesen Fall gegründet und bei der Staatsanwaltschaft gebündelt in der Abteilung für politisch motivierte Kriminalität geführt.

„Aufgrund der bisherigen Ermittlungsergebnisse liegen kei-

ne Hinweise darauf vor, dass weitere Vertreter oder Vertreterinnen des Wahlbündnisses an den jeweils verfahrensgegenständlichen Straftaten oder an etwaigen sonstigen Manipulationen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl in Frankfurt am Main 2026 beteiligt waren“, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Dementsprechend würden auch gegen keine weiteren Vertreter:innen des Wahlbündnisses Ermittlungen im Zusammenhang mit dieser Wahl geführt.

„Frankfurt Sozial“ sieht eine Verbindung zwischen dem knappen Scheitern bei der Kommunalwahl und den Ermittlungen. Dadurch sei das Bild entstanden, die Wahlliste selbst habe etwas damit zu tun. „Gestützt wurden diese Anschuldigungen auf bruchstückhafte Informationen der Strafverfolgungsbehörden, die nach und nach an die Öffentlichkeit drangen.“

Die Staatsanwaltschaft möchte ausdrücklich klarstellen, „dass alle von uns in diesem Komplex gemachten Angaben gegenüber der Presse ausschließlich reaktiv und in Erfüllung des presserechtlichen Auskunftsanspruchs erfolgt sind“. Zu keinem Zeitpunkt habe die Behörde verlauten lassen, es würden „Ermittlungen gegen das Wahlbündnis als solches geführt“.

Ex-OB Peter Feldmann sagte auf Anfrage, sowohl er als auch das Bündnis verspürten eine „große Genugtuung“.

# Raub für Crack

Drogensüchtiger auf der Anklagebank

VON OLIVER TEUTSCH

Mit einem Fall von Beschaffungskriminalität im Bahnhofsviertel muss sich seit Dienstag das Frankfurter Landgericht beschäftigen. Einem 26-Jährigen wird schwerer Raub vorgeworfen. Er soll im Oktober vergangenen Jahres gemeinsam mit einem noch unbekannten Komplizen einer Frau im Bahnhofsviertel gewaltsam die Umhängetasche entrisen haben. Die Tat ereignete sich in den frühen Morgenstunden in der Taunusanlage, Ecke Niddastraße.

Laut Anklage baten die beiden Männer eine 29-Jährige, die auf dem Weg zur Arbeit war, zunächst um eine Zigarette. Als die Frau den Kopf schüttelte und weitergehen wollte, würgte der Angeklagte die Frau von hinten und versuchte ihr die Umhängetasche zu entreißen. Sein Komplize sprühte der Frau gleichzeitig Pfefferspray ins Gesicht, worauf diese ihre Tasche flüchteten in unterschiedliche Richtungen.

Ein Passant, der in der Niddastraße unterwegs war, bemerkte den Vorfall und stellte dem ihm entgegenstürmenden 26-Jährigen ein Bein. Dieser schlug hin, verlor die Tasche und flüchtete schließlich ohne Beute. Mithilfe einer Überwa-

chungskamera an einem Gebäude in der Niddastraße gelang einige Wochen später die Identifizierung des 26-Jährigen, der seit Februar in Untersuchungshaft sitzt.

Der Angeklagte ließ sich über seinen Verteidiger teigeständig ein. Anders als in der Anklage erwähnt, sei die Tat aber nicht geplant gewesen, sondern „ganz spontan“ erfolgt. Auch von dem Pfefferspray seines Komplizen, den er nur flüchtig kenne, will er nichts gewusst haben. Er habe nur Geld für Crack oder Kokain haben wollen. Es sei sieben oder acht Stunden her gewesen, dass er etwas konsumiert habe.

## Opfer hat Panikattacken

Das Opfer der Tat ist anderer Ansicht. „Es war abgesprochen. Das haben sie wahrscheinlich nicht zum ersten Mal gemacht“, sagte die 29-Jährige im Zeugenstand. Sie hatte nach der Tat Würgemale am Hals sowie Hautabschürfungen an Ohr und Rücken. Schlimmer waren die seelischen Folgen. Seit dem Überfall hat die 29-Jährige Panikattacken und traut sich bei Dunkelheit nicht mehr alleine aus dem Haus. Sie will deswegen eine Therapie machen. Der Angeklagte entschuldigte sich beim Opfer: „Es tut mir leid.“ Der Prozess wird fortgesetzt.

# Weltmeisterschaft der Transplantierten

Fußballmannschaften weisen in Frankfurt auf Bedeutung von Organspenden hin

VON STEVEN MICKSCH

Nach der WM ist vor der WM: Während die Fußball-Nationalmannschaften gerade in USA, Kanada und Mexiko um den großen Titel gespielt haben, richtet sich der Blick von so manchem Sportler und mancher Sportlerin bereits nach Hessen. Denn vom 13. bis 18. September wird in Frankfurt der Transplant Football World Cup ausgespielt.

Bei diesem Fußballwettbewerb auf dem Gelände des FSV Frankfurt werden 16 Länder- und vier Frauen-Teams mitmachen. Insgesamt werden rund 350 Teilnehmer und Teilnehmerinnen inklusive Fans, Staff und Begleitpersonen erwartet.

2025 war der World Cup in Dresden zu Gast. Und auch in Frankfurt soll gelten: Sport

macht sichtbar, was Organspende bewirken kann. Menschen, die durch eine Transplantation eine zweite Chance erhalten haben, treten auf internationaler Bühne an. „Nicht nur für Tore, Punkte und Platzierungen, sondern vor allem als Botschafterinnen und Botschafter für Organspende, Lebensmut und gesellschaftlichen Zusammenhalt“, heißt es vom veranstaltenden Verein TransDia Sport Deutschland.

Das Turnier zeige sportliche Leistungsfähigkeit nach einer Transplantation und mache zugleich auf die lebensrettende Bedeutung von Organspende aufmerksam. Die erste Ausgabe des Wettbewerbs fand 2024 in Cervia, Italien, statt.

Weitere Informationen zum Event sind unter [www.wtgf.org](http://www.wtgf.org) zu finden.



Einer der Neuen: der Zimtahorn. Er gehört zu den „Bäumen mit Geschichte“.

PALMENGARTEN FRANKFURT

# Bäume für die Zukunft

Hohe Nachfrage an Patenschaften im Palmengarten / Ab 40 Euro im Jahr möglich

Zerreiche, Blutbuche, Zimtahorn und Wollemie: Das sind die neuen Bäume, für die im Frankfurter Palmengarten eine Patenschaft übernommen werden kann. Das Baumpatenschaftsprogramm startete 2025. Mit den vier neuen Bäumen stehen nun insgesamt 35 Sorten zur Auswahl. Die Nachfrage sei hoch, das habe zur

Ausweitung des Programms geführt, erklärt Katja Heubach, die Direktorin des Palmengartens.

Die Patenschaften können in vier Kategorien übernommen werden. Die Zerreiche gehört zur beliebtesten Kategorie, den sogenannten Zukunftsbäumen. Diese zeichnen sich durch besondere Klimaresistenz aus.

Die Blutbuche gilt als „Rarität“, der Zimtahorn als „Baum mit Geschichte“ und die Wollemie als „lebendes Fossil“. Gefragt war bisher vor allem der „Schlafbaum“ (Albizia), einer der „Zukunftsbäume“, der nachts seine Blätter schließt, wie die Stadt mitteilt.

Eine Patenschaft kostet je nach Kategorie zwischen 40

und 500 Euro jährlich und kann auch verschenkt werden. Dafür erhalten Pat:innen eine Urkunde und Informationen über „ihren“ Baum. Patenschaften unterstützen den Klimaschutz, sagt Klimadezernentin Tina Zapf-Rodríguez (Grüne). Im Spätsommer soll es erstmals einen Tag mit freiem Eintritt für die Pat:innen geben. pms